

Krise der politischen Institutionen

Europa steht am Scheideweg von Marktwirtschaft und Planwirtschaft. Wachstum wird der Kontinent nur über echte Verbesserung der Infrastruktur und mehr unternehmerische Freiheit fördern – nicht durch staatliche Konsumanreize. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

Ein Staat dient dem gesellschaftlichen Zusammenleben. Dementsprechend liegen seine Hauptaufgaben darin, die bürgerliche Freiheit aufrechtzuerhalten, die innere und die äussere Sicherheit zu wahren und Massnahmen zu setzen, mit denen sich der allgemeine Wohlstand fördern lässt. Staatliche Institutionen (Parlamente, Behörden, Justiz) sind diesen Aufgaben verpflichtet. Weitere politische Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und andere Interessenvertreter dienen dem Pluralismus und der Willensbildung. Die Verwaltung führt aus. Nach liberaler Auffassung obliegt es dem Staat, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Bürger die Verantwortung für ihren persönlichen, sowohl materiellen als auch immateriellen, Wohlstand wahrnehmen können. Dies unter Berücksichtigung des kategorischen Imperativs, der sinngemäss besagt, dass der Mensch frei in seinen Handlungen ist, solange er andere damit nicht einschränkt.

Ein Gemeinwesen steht stets in einem Spannungsfeld zwischen einem von oben gesteuerten Kollektivismus und dem Individualismus. In der Wirtschaft äussert sich die Extremform des von oben gesteuerten Kollektivismus in der Planwirtschaft, wohingegen sich der Individualismus in der Marktwirtschaft und im Liberalismus zeigt.

Unbezahlbare Versprechen der Politik

Institutionen tendieren dazu, sich auszudehnen, und laufen Gefahr, gesunde Dimensionen zu überschreiten und zu einem Selbstzweck zu verkommen. Beispielsweise lässt sich der Selbstzweck im Folgenden erkennen: Fähige Leute, die das langfristige Gemeinwohl über kurzfristige Parteiinteressen stellen, werden vielfach wegen kleiner Fehler sowohl vom politischen Gegner als auch von der eigenen Partei abgesetzt. Nicht von ungefähr gibt es das Sprichwort: Feind, Todfeind, Parteifreund. Und in den Vorwahlen zur US-Präsidentschaft bzw. in den Wahlen selbst steht die Parteipolitik tendenziell vor der Staatspolitik. Im Fall der USA hat dies globale negative Auswirkungen, weil die Außenpolitik dadurch ein Spielball des Wahlkampfes wird.

Überdimensionale politische Institutionen neigen zu Planwirtschaft und starker Kontrolle. Jeder Staat weist eine Mischung der beiden Elemente Planwirtschaft und Marktwirtschaft auf. Jedoch ist empirisch erwiesen, dass sich Fortschritt, Wohlstand und Rechtssicherheit besonders in denjenigen Staaten entwickeln können, die zu Liberalismus und Marktwirtschaft tendieren. Der Ausgleich zwischen Kollektivismus und Individualismus wird stark von der Politik beeinflusst.

Die Politik der westlichen Demokratien konnte sich nicht der Versuchung entziehen, mit Versprechungen und Verpflichtungen (die langfristig nicht finanzierbar sind) Wählerstimmen zu sichern. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs setzte ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der sich zügig vollzog. Bereits in den Siebzigerjahren erfuhr der Westen einen Wohlstand, der sich auf hohem Niveau bewegte. Eine Phase der Sättigung setzte ein. Ein Bedürfnis

nach Wohlstandssicherung entstand. Dieses Bedürfnis verleitete zu einer «Politik der Versprechungen», und den Wählern wurde eine Illusion staatlicher Sicherheit vermittelt. Die Staatsquote an der Volkswirtschaft erhöhte sich. Zusätzlich wurde das Netzwerk an Regulierungen und Kontrollen ausgebaut und dadurch die persönliche Verantwortung immer mehr eingeschränkt. Darunter leiden jetzt Wirtschaftswachstum und Innovation.

In einer Gemeinschaft kann zwischen zwei Kategorien von Personen unterschieden werden: solchen, die durch ihre Wirtschaftsleistung Gelder an den Staatshaushalt abliefern – im Wesentlichen sind dies Unternehmer und ihre Mitarbeitenden –, und solchen, die von der Allgemeinheit bezahlt werden. Letztere erhalten durch mehr Staat vermeintliche Vorteile. In den meisten europäischen Staaten zählt die Mehrheit der Parlamentsmitglieder, über alle Parteien hinweg, bedenkllicherweise zu den Letzteren. Dies zeigt sich gerade in solchen Staaten, die wenig direkt-demokratische Züge aufweisen.

Je mehr Staat, desto grösser die Macht der politischen Institutionen und desto schwächer das Wirtschaftswachstum. Dies wirkt sich entsprechend auf die Wirtschaft aus, denn politische Institutionen stehen im Spannungsfeld von «Marktfreiheit und Wachstum» und «mehr Staat». Durch das Ungleichgewicht, das sich zugunsten des Staates verschoben hat, sind die Kosten des Staates im Verhältnis zur Wertschöpfung übermässig gestiegen. Zwar werden in vielen Ländern dringend notwendige Sparpro-



Je mehr Staat, desto grösser die Macht der Politik und desto schwächer das Wirtschaftswachstum.

gramme propagiert und teilweise auch durchgeführt, doch derzeit kann die Politik aufgrund ihrer Versprechungen an vielen Auswüchsen des Wohlfahrtsstaats nicht rütteln und tut sich schwer, zur bitteren Wahrheit zu stehen.

Ein populistisch motiviertes Verlangen nach höheren Steuern lässt sich derzeit in einigen Wahlkämpfen erkennen. Fakt ist: Der überdimensionierte Wohlfahrtsstaat ist nicht mehr finanzierbar. Wo Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden, werden unzureichend flankierende Massnahmen gesetzt, wie z. B. eine angemessene Regulierung und die Stärkung des Unternehmertums, der Marktwirtschaft und des Liberalismus. Aber nur mit solchen Massnahmen können ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielt und die negativen Nebeneffekte der Austerität-Massnahmen langfristig abgefedert werden.

Traditionell besteht eine enge Verbindung zwischen Staat und Finanzsystem. Die fehlende öffentliche Haus-

haltsdisziplin in der Vergangenheit führte zu einer überhöhten Kreditaufnahme über Staatsanleihen. Die Politik des billigen Geldes und der Multiplikatoreffekt aus der überhöhten Kreditaufnahme schufen ein wunderbares System der Geldvermehrung. Dies führte zu einer Krise des Finanzsystems und der öffentlichen Finanzen. Irgendwann aber kommt der «Zahltag», denn entweder werden Verpflichtungen bezahlt, oder es kommt zur Insolvenz. Trotz Steuermonopol gilt dieses Prinzip auch für die öffentliche Hand. Dies stürzt politische Institutionen in eine Krise.

Verteidigung wird vernachlässigt

Durch Parteipopulismus und eine Überdimensionierung des Staatsapparats zeigen sich sowohl in der Wirtschaft als auch in der Sozialpolitik grosse Schwächen. Eine weitere wesentliche Folge des Versagens von politischen Institutionen Europas ist, dass die äussere Sicherheit vernachlässigt wurde und wird. Investitionen und Anstrengungen in Verteidigung sind im Allgemeinen unpopulär.

Trotz einer historisch begründeten Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung Europas wäre es aber die Aufgabe der Politik, die äusseren Gefahren nicht zu vernachlässigen. Während des Kalten Krieges lebte Europa unter dem amerikanischen Schutzschild. In der Zwischenzeit ist die Welt unsicherer geworden, die globale Aufrüstung steigt, und das Schutzschild der USA schwindet. Europa wird wesentlich stärkere Investitionen und Bemühungen in Sicherheit und Verteidigung machen müssen, wenn es weiterhin erfolgreich und frei bestehen will. Europa sollte, nicht nur um die Wirtschaft wieder zu beleben, entscheidende Bemühungen im Bereich der Infrastruktur unternehmen. Zu dieser Infrastruktur gehört auch eine angemessene Verteidigung zur Gewährleistung der äusseren Sicherheit.

Es zeichnet sich ab, dass die europäische Politik nun beginnt, neben Sparmassnahmen auch Wirtschaftswachstum zu fordern. Dies ist notwendig! Aber nur, wenn es nicht auf staatlichem Anreiz zum Konsum beruht, sondern auf einer echten Verbesserung von Infrastruktur und unternehmerischer Freiheit. Das ist die einzige Möglichkeit, den Wohlstand und die Sicherheit nachhaltig zu wahren.

In den Jahren 1946 bis 1948 stand Deutschland am Scheideweg von Marktwirtschaft und Planwirtschaft. Ein Teil Deutschlands (BRD) wandte sich der Marktwirtschaft zu und brachte das Wirtschaftswunder hervor, der andere Teil (DDR) konnte seine Bürger nur durch Minenfelder und Mauern davon abhalten, aus dem eigenen Staat auszubrechen. Im Rahmen des globalen Wettbewerbs befindet sich Europa heute wieder an diesem Scheideweg.

Michael von und zu Lichtenstein ist Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation (www.eceaf.li), Präsident des Verwaltungsrats von Industrie- und Finanzkontor sowie Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Information Services in Vaduz.



MARK DITTLI
Chefredaktor
zum Thema
Schwache Banken

Delay and Pay

Delay and Pray – Verzögern und Beten, das war die bevorzugte Methode der Banken in den vergangenen Jahren. Die Spanier praktizierten sie meisterhaft. Obwohl das Land ein Monster von Immobilienblase erlebt hatte, wurden die Probleme im Bankensektor negiert. Faule Kredite wurden in dunklen Winkeln der Bankbilanzen versteckt, in der Hoffnung, sie würden verschwinden. Die Selbstbelugung war so erfolgreich, dass im Juli 2011 sogar ein Schrotthaufen namens Bankia den Weg an die Börse fand – und jetzt vom Staat gerettet werden muss. Toll gemacht.

Oder Jamie Dimon: Der Konzernchef von J. P. Morgan war der schrillste Kritiker schärferer Eigenkapitalvorschriften. Er wettete gegen Basel III und die Volcker-Regel, die den Banken in den USA den Eigenhandel beschneidet. Und jetzt fährt Dimon seine Bank gegen die Wand; sie erleidet einen Handelsverlust von 2 Mrd. \$ und weiss nicht mal, wie das genau geschehen konnte. Bravo. Wer erinnert sich an den Fall Adoboli der UBS im Herbst 2011?

Das sind keine Einzelfälle, sondern Teil eines grösseren Musters. Die Grossbanken wehrten sich nach dem Fall von Lehman Brothers mit Händen und Füssen gegen schärfere Kapitalvorschriften. Basel III wurde derart verwässert, dass den Banken Zeit bis 2019 eingeräumt wurde, um ihre Bilanzen zu stärken. Dieser schmerzlose Weg baute auf der Hoffnung, dass die Banken dicke Gewinne schreiben, diese einbehalten und so wundersam ihre Bilanzen stärken würden. Delay and Pray.

Es funktioniert nicht. Europas Bankensystem ist hoffnungslos unterkapitalisiert, um die Krise meistern zu können. Der Finanzmarkt hat es erkannt: Aktien von Grossbanken notieren heute auf oder unter ihrem Tief vom März 2009 und zumeist deutlich unter ihrem Buchwert. Wie viel einfacher wäre es doch gewesen, die Banken hätten im Börsenboom von 2009 und 2010 sofort ihr Kapital erhöht. Jetzt wirds teuer: Delay and Pay.

Das war nur die erste Etappe im Anstieg auf den «Monte Monti»

MANFRED RÖSCH Das angestrebte Steuerabkommen mit Italien ist eine harte Knacknuss. Ohne Verträge mit Deutschland und Italien ist das Konzept der Abgeltungssteuer in Gefahr.

Ausser mit Deutschland, Frankreich und Italien hat die Schweiz beste Beziehungen mit den Nachbarländern (Österreich und Lichtenstein sind schliesslich nicht zu vernachlässigen). Der neue Aussenminister Didier Burkhalter hat recht, wenn er das Augenmerk der Schweizer Diplomatie wieder stärker auf das nähere Umfeld richtet. Einer der schwierigsten «Kunden» ist Italien, nach Deutschland der grösste Aussenhandelspartner.

Die Aussicht auf Milliardenzufluss in der Finanznot scheint Roms Chefanierer Mario Monti zum Blockadeabbruch in Sachen Abgeltungssteuer bewegt zu haben. Mit wie viel der Ministerpräsident und Finanzminister in Personalunion rechnet, ist nicht bekannt; in den Medien wird auf Beträge von 25 bis 50 Mrd. € spekuliert. Dass die EU-Kommission vor kurzem die bilateralen Abkommen der Schweiz mit Deutschland und Grossbritannien für zulässig erklärt hat, dürfte letzte Hemmungen ausgeräumt haben.

Zudem hat die Tessiner Kantonsregierung (auf Wink des Bundesrats?) die den italienischen Grenzängergemeinden zustehenden Steuergelder freigegeben, die sie zuvor zurückgehalten hatte, um Druck auf Bern und Rom auszuüben. Materiell fiel das nicht ins Gewicht, und es fragt sich, wie produktiv oder allenfalls kontraproduktiv dieser Nadelstich war. Psychologisch jedoch

tut es einfach nur gut – aus Schweizer Sicht. Die «Berner» können sich von den «Bellinzonesi» eine Tranche Unverfrorenheit abschneiden. Der Eindruck – und wäre er auch falsch –, es werde stets nur gekuscht, schwächt die Regierung unnötigerweise an der Innenfront.

Erfreulich ist, dass die Schweiz diesmal vor dem Verknüpfen mehrerer Verhandlungsgegenstände nicht zurückzuschrecken scheint. Zugleich mit dem Regularisieren der Vergangenheit und der Abgeltungssteuer auf künftige Kapitalerträge ist besonders das Beseitigen der Behinderung schweizerischer Unternehmen in Italien gefordert. Sollte Italien die Schweiz nicht von der schwarzen Liste der Steuerparadiese streichen, hätte ein Deal in National- und Ständerat (hoffentlich) keine Chancen.

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wird mit Monti über eine umfassendere Agenda verhandeln als mit Berlin und London. Das wird mühselig, obschon es hilft, dass Italiens Linke (nicht wie die deutsche) pragmatisch ertragsorientiert ist. Deutschlands Zustimmung ist fraglich, Frankreich wird sich vielleicht nicht mal dann bewegen, wenn mit Merkel und Monti bereits alles in trockenen Tüchern ist. Doch die Überlebensfähigkeit des fragilen Konzepts bilateraler Abgeltungssteuerverträge hängt davon ab, dass mehrere «Big Boys» der EU mitspielen.



Wann ist es Zeit,
an morgen zu denken?

Wenn Sie Ihr Vermögen langfristig erhalten möchten.
Nehmen Sie sich Zeit für ein Gespräch mit uns: LGT Bank (Schweiz) AG

LGT. Partner für Generationen. In Basel, Bern, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern, Zürich und an 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.ch

